

7. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

15. November 1951.

321/A.B.

zu 337/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g .

Die Abg. L u d w i g, Dr. P i t t e r m a n n und Genossen haben an die Bundesregierung am 21. September 1951 eine Anfrage, betreffend Teilnahme der österreichischen Bundesregierung an den Verhandlungen über Schaffung eines Europapasses, gerichtet. Darauf teilt Bundeskanzler Dr. Dipl.-Ing. F i g l folgendes mit:

„Namens der Bundesregierung beabsichtige ich im Einvernehmen mit dem Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Die Einberufung der Regierungsexpertenkonferenz des Europarates zwecks Schaffung eines europäischen Passes, die ursprünglich für den 2. Oktober 1951 beabsichtigt war, ist nunmehr für den 15. November 1951 erfolgt.

Da Österreich als Fremdenverkehrsland an jeder Erleichterung des zwischenstaatlichen Reiseverkehrs besonderes Interesse hat, ist beabsichtigt, falls dies die Zustimmung der Mitgliedsstaaten des Europarates findet, je einen Vertreter des Bundeskanzleramtes (Auswärtige Angelegenheiten) und des Bundesministeriums für Inneres als Beobachter zu der Tagung des Expertenkomitees zu entsenden.

Die Österreichische Gesandtschaft in Paris ist angewiesen worden, diese Absicht dem Generalsekretariat des Europarates zu notifizieren.“

-.-.-.-.-